

## Kommentar

# Risiko und Reifeprüfung

## Das Referendum zum EU-Vertrag wird zum Politikum

MEDARD RITZENHOFEN\*

Vive la différence! Hinter dieser relativ bescheidenen politischen Maxime steckt noch immer das Erfolgsgeheimnis bedeutender Staatsmänner. *Charles de Gaulle* war ein einsamer General als er seine Landsleute am 18. Juni 1940 zum Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht aufrief und legte mit diesem kaum gehörten Appell doch den Grundstein zu seinem späteren Ruhm. Während sich Frankreich schweigend in seine Niederlage fügte, ließ *de Gaulle* der Freiheit seine Stimme. Später konnten seine Nachfolger nur aus dem Schatten des Übervaters der V. Republik treten, indem sie sich von ihm abgrenzten. *François Mitterrand* tat dies mit forensischer Vehemenz, indem er *de Gaulle* mit dem Vorwurf eines „Coup d'État permanent“ konfrontierte. *Valéry Giscard d'Estaing* ging subtiler vor, als er mit seinem „oui, mais“ Staatspräsident *de Gaulle* die uneingeschränkte Gefolgschaft verweigerte. Selbst der Neogaullist *Jacques Chirac* markierte unverzüglich eine Trennlinie zu seinem Vorbild, nachdem er selbst 1995 ins höchste Staatsamt gewählt worden war. In augenfälligem Unterschied zu diesem sprach er als erster Präsident von der Mitschuld Frankreichs bei der Judenverfolgung während des Vichy-Regimes.

Wer in der französischen Politik das höchste Ziel ins Auge fasst, muss sich irgend-

wann vom Mainstream lösen, sowohl Gefolgsleuten als auch Gegnern den Rücken kehren und nach einem individuellen Profil suchen. Der Aufstieg zum Élysée führt stets über einen eigenen Weg. Distinktion ist die einzige allzeit gültige Regel, denn sie allein garantiert permanente mediale Aufmerksamkeit. So wundert es nicht, dass sich mit *Nicolas Sarkozy* und *Laurent Fabius* jene zwei politischen Matadore in der Kunst der Differenz üben, die bereits mit offenem Visier um das erst 2007 zur Wahl stehende höchste Staatsamt kämpfen.

Der noch als Wirtschafts- und Finanzminister amtierende *Nicolas Sarkozy* lässt schon seit geraumer Zeit seinem präsidentialen Ehrgeiz in hektischem Übereifer freien Lauf. Frühzeitig machte er durch gezielte Provokationen gegenüber Staatspräsident *Chirac* von sich reden. Dieser fühlte sich durch den demonstrativ zur Schau gestellten Machtwillen seines Ministers dermaßen herausgefordert, dass er vor großem Publikum klarstellen zu müssen glaubte, woran das Protokoll nicht den geringsten Zweifel lässt: „Ich befehle und er führt aus.“ Das war während des traditionellen Fernsehgesprächs am 14. Juli, jenem Feiertag, an dem die Nation gerne Geschlossenheit zelebriert.

\* *Medard Ritzenhofen* lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

Inzwischen hat sich Sarkozy bereit erklärt, Ende November den Vorsitz der bürgerlichen Präsidentenpartei UMP zu übernehmen. Diese war nach Chiracs Wiederwahl 2002 eigens zu dessen effizienter parlamentarischer Unterstützung gegründet worden. Später sollte sie dem Kronprinzen Alain Juppé als Plattform für dessen Aufstieg in den Élysée dienen. Juppé musste jedoch die Führung der Partei Mitte Juli aufgeben, nachdem er Anfang des Jahres wegen illegaler Parteifinanzierung in erster Instanz verurteilt worden war. Dass nun ausgerechnet der Intimfeind Sarkozy Vorsitzender des 'parti chiraquien' wird, ist eine bittere Pille für den Staatspräsidenten, dessen innerparteilicher Herausforderer damit noch stärker wird. Dass Nicolas Sarkozy für den Parteivorsitz sein Ministeramt niederlegen muss, so wie es Chirac zur Bedingung gemacht hat, wird er verschmerzen können. Aus der Kabinettsdisziplin entlassen eröffnen sich dem neogaullistischen enfant terrible noch größere Möglichkeiten zur Selbstdarstellung.

Bevor seine siebenmonatige Stippvisite in Bercy beendet ist, schrieb sich der Finanzminister noch schnell den größten Schuldenabbau in der Geschichte Frankreichs gut. Bei der Vorlage des Haushalts für 2005 gab Sarkozy bekannt, dass die Neuverschuldung von 3,6 auf 2,9 Prozent gesenkt, Frankreich damit wieder im Maastricht-Soll liegen werde. Wenn auch eine gute Portion Voluntarismus seine Vorgaben prägte, steht Sarkozys Haushalt doch insgesamt im Zeichen der Konsolidierung. Der Schuldenabbau hat Priorität, weshalb auf eine weitere Senkung der Einkommensteuer verzichtet wurde und der aufgeblähte Beamtenapparat verdünnt werden soll. Ohne Glück ist Sarkozys vollmundige Bilanz nicht zu erklären. In seiner kurzen Zeit als Finanz- und Wirtschaftsminister konnte der Tausendsassa auf der Welle einer anziehenden Konjunktur surfen. Strukturprobleme wie die hohe Arbeitslosigkeit oder die leeren Kassen der Sozialversicherungen aber

bleiben weiter bestehen. Trotzdem hat Nicolas Sarkozy als Finanzminister keinen schlechten Eindruck hinterlassen und dürfte in seinem Streben nach der Präsidentschaftskandidatur 2007, wenn überhaupt, dann nur noch von Jacques Chirac selbst gestoppt werden können.

## Das Oui der „Linken“

Während die Medien die Rivalität zwischen Chirac und Sarkozy um das Dirigat der regierenden Rechten hingebungsvoll orchestrierten, begnügte sich die eigentliche politische Opposition damit, die zweite Geige zu spielen. Obwohl sie sowohl aus den Regionalwahlen im März als auch aus den Europawahlen im Juni als Sieger hervorgegangen war, haftete den Triumpfen der Sozialisten eine gewisse Leichtgichtigkeit an. Waren doch ihre Erfolge einer „volonté générale“ geschuldet, die in erster Linie der Regierungspartei eins auszuwischen trachtete. Zudem hatte die Opposition weder programmatisch noch personell überzeugende Alternativen anzubieten.

Nun aber gibt das von Jacques Chirac am 14. Juli angekündigte nationale Referendum zur EU-Verfassung der Linken Gelegenheit, Flagge zu zeigen. Doch der für das zweite Halbjahr 2005 geplante Volksentscheid erweist sich in doppelter Hinsicht als Danaergeschenk für die Sozialisten. Denn erstens lassen politische Vernunft und Verantwortlichkeit kaum eine Alternative zu einem zustimmenden Votum bei diesem Referendum. Und zweitens ist über diese Frage dennoch der Burgfrieden zwischen den Granden der Sozialisten gebrochen. Dieses Paradox erklärt sich durch nichts anderes als den individuellen Wunsch nach Differenz zwecks persönlicher Profilierung.

Ebenso wie in Deutschland wird in Frankreich die unter der Federführung von Valéry Giscard d'Estaing ausgearbeitete EU-Verfassung nicht als großer konstitutioneller Wurf

gewertet. Doch weiß auch das politische Paris, dass Europa seit jeher auf der Grundlage von mühsam ausgearbeiteten Kompromissen gebaut worden ist. So gesehen ist die alles andere als ideale Verfassung doch fürs Erste das Beste, was sich die Union von 25 Staaten mit all ihren Widersprüchen und Disparitäten geben konnte. Die Mehrheit der französischen Politiker und Kommentatoren begrüßte deshalb die Constitution européenne als „une bonne nouvelle pour l'Europe“ („Le Monde“), die, wie Chirac sagte, die Kohärenz und das Gewicht der EU in der Welt stärken werde.

Die französischen Sozialisten haben von Anfang an ein Referendum für die Ratifizierung der EU-Verfassung gefordert. Nach dem französischen Grundverständnis von Politik muss auch in fundamentalen Europafragen die souveräne Nation das letzte Wort haben. Die Verfassung der V. Republik räumt dem Volksentscheid zudem einen zentralen Platz ein. Nun zeigt sich aber, dass das von Jacques Chirac angekündigte Referendum gerade den Parti Socialiste (PS) auf dem falschen Fuß erwischt. Denn zum einen sieht sich die Linke einmal mehr genötigt, gemeinsame Sache mit dem für die Zustimmung zur der Verfassung werbenden Staatspräsidenten zu machen. Zum anderen ist der bislang unter der Decke gehaltene Machtkampf innerhalb des PS mit dem Referendum offen entbrannt.

Parteichef François Hollande plädiert ebenso wie die Mehrzahl der tonangebenden „éléphants“ des PS für ein „Ja“ zur Verfassung. Der frühere Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der Bürgermeister von Paris Bertrand Delanoë, die einstige Sozialministerin Martine Aubry sowie ihre Kabinettskolleginnen Ségolène Royal und Elisabeth Guigou, Parteisprecher Julien Dray, der noch immer hochangesehene frühere Gesundheitsminister Bernard Kouchner, der nicht minder populäre Ex-Kulturminister Jack Lang, der frühere Europaminister und jetzige Vizepräsident des Europaparlaments Pierre Moscovici, sie alle sind sich einig,

dass die vom Reformkonvent ausgearbeitete Verfassung trotz ihrer augenscheinlichen Mängel ein zustimmendes Votum verdient. Selbst Lionel Jospin, der schon wieder als künftiger Chef der Sozialisten gehandelt wird, meldete sich im „Nouvel Observateur“ zu Wort und plädierte für den EU-Vertrag. Bei soviel Geschlossenheit der Linken für Europa konnte es nicht ausbleiben, dass einer aus der Reihe tanzt. Dass es Laurent Fabius war, der die Rolle des Neinsagers übernahm, kann eigentlich auch nicht überraschen. Wird doch dem in der Regel als „numéro 2 du Parti Socialiste“ apostrophierten Politiker der größte Ehrgeiz nachgesagt, wenn es darum geht, wen die Linke bei der nächsten Präsidentschaftskandidatur auf den Schild hebt. Mit seinem „Non“ ist Fabius erst einmal ins Rampenlicht getreten.

### Neinsager Fabius

Der heute 58-jährige Sozialist machte sich unter François Mitterrand als jüngster Premierminister Frankreichs (1984–1986) bekannt, bevor er in der letzten linken Regierung unter Lionel Jospin noch einmal als Wirtschafts- und Finanzminister (2000–2002) Mitglied eines Kabinetts wurde. In gewisser Weise ist Laurent Fabius der linke Zwilling des abgetretenen Neogaullisten Alain Juppé. Einer Generation angehörend durchliefen beide die französische Eliteausbildung mit den klassischen Stationen École Normale Supérieure, Sciences Po, ENA. Juppé wie Fabius bestechen durch ihre Brillanz, ohne jedoch den Enthusiasmus der eigenen Parteifreunde zu wecken, geschweige denn die Herzen der Öffentlichkeit zu gewinnen. So wie Juppé als Dauphin Chiracs galt, war Fabius der politische Ziehsohn Mitterrands. Mit seinem „Nein“ zur Europäischen Verfassung setzt sich Laurent Fabius nicht nur vom restlichen Führungspersonal seiner Partei ab, sondern löst sich auch von jenem europapolitischen Vermächtnis seines Förderers Mitterrand, das bislang ohne Widerspruch

blieb: „La France est notre patrie, l'Europe est notre avenir.“

Natürlich lehnt Fabius die Verfassung nicht rundweg ab, vielmehr hat er mit der Formel „non, sauf“ seine Zustimmung an vier Bedingungen geknüpft: So muss der Stabilitätspakt in einen Beschäftigungspakt verwandelt werden. Das europäische Budget für Forschung und Bildung ist zu erhöhen. Eine fiskalische Harmonisierung soll der Abwanderung von Unternehmen entgegenwirken. Der öffentliche Dienst soll geschützt werden. So nachvollziehbar diese angemahnten Korrekturen an sich sind, so betreffen sie den Verfassungstext nur am Rande. Fabius' Kritikpunkte finden sich in der Verfassung nämlich nicht ausdrücklich. Der Nummer Zwei der Sozialisten geht es darum, sich als Sprecher eines anderen, sozialen Europa wirkungsvoll in Szene zu setzen. Laurent Fabius kann sich dabei auf eine Mehrheit unter den Wählern und Symphatisanten der Linken stützen, der die berechtigte Sorge um ihre Arbeitsplätze allemal wichtiger ist als ein frohgemutes Bekenntnis zu Europa. Gerade in der französischen Arbeitnehmerschaft ist Europa in den letzten Jahren zum Synonym für Freihandel und exzessiven Liberalismus geworden, bei dem das bewährte nationale Modell mit seinem starken 'service public' und seiner staatlichen Fürsorge auf der Strecke zu bleiben droht.

Laurent Fabius kann ein weiteres nicht unerhebliches Argument für seine Position ins Feld führen: Schon zweimal haben sich die Sozialisten in jüngster Seite auf die Seite des ungeliebten Jacques Chirac schlagen müssen. Als ihr Kandidat Jospin bei den letzten Präsidentenwahlen frühzeitig aus dem Rennen schied, musste die Linke zähneknirschend Chirac ihre Stimmen geben. Nach dem spektakulären Vorstoß Jean-Marie Le Pens in die Stichwahl, sollte dem Rechtsextremen dort zumindest ein Achtungserfolg verwehrt werden. In der Causa Irak bewies Frankreichs Linke nolens volens erneut Solidarität mit

dem Präsidenten. Eine militärische Beteiligung an der Seite der USA kam auch für die Sozialisten nicht infrage. Dass in Bezug auf eine mögliche Unterstützung Chiracs aller guten Dinge unmöglich drei sein können, ist für jeden aufrechten Linken ausgemachte Sache. Lieber sein Mütchen an Europa kühlen, als sich den sozialistischen Schneid abkaufen lassen, mögen viele Genossen denken, die laut einer IPSOS-Umfrage vom 16. September zu 70 Prozent die Meinung von Fabius gutheißen. Insofern ist das Referendum auch eine europäische Reifeprüfung für die Wähler.

Trotz der Zustimmung an der Basis hat sich Laurent Fabius auf ein riskantes Spiel eingelassen, riskant für ihn selbst, für Frankreich und für ganz Europa. Zunächst muss sich der Neinsager fragen lassen, warum er nicht schon als Finanzminister gegen das fiskale Dumping zu Felde gezogen ist. Als Bercy-Patron hätte er vom April 2000 bis April 2002 genügend Gelegenheit gehabt, sich für seine Ideen eines sozialen Europas stark zu machen. Stattdessen wirkte er nicht nur bei der Ausweitung der fiskalischen Konkurrenz mit, sondern auch bei der Steuersenkung für höhere Einkommen. Mit seinem taktisch kalkulierten „Non“ zur Verfassung riskiert Fabius, in einen Topf mit den notorischen Europagegnern geworfen zu werden. Der aufgeklärte Linke, den man eher als Sozialdemokraten denn als Sozialisten bezeichnen möchte, fände sich Seite an Seite mit den Rechtsextremen *Le Pens*, den nationalen Souveränisten um *Philippe de Villiers* sowie dem von *Arlette Laguiller* und *Olivier Besancenot* angeführtem Protestpotenzial von ganz links, also jenem politisch und geistig rückständigen Frankreich, das der Schriftsteller *Philippe Solers* vor Jahren als „la France moisie“ brandmarkte. Abgesehen davon gilt noch immer *Mitterrands* Wort, dass ein Präsidentschaftsanwärter in Frankreich nicht nein zu Europa sagen kann.

## Chiracs Verantwortung

Die Sozialisten sind die einzige Partei Frankreichs, die eine Konsultation ihrer Mitglieder dem Europa-Referendum vorgeschaltet hat. Damit ist der für ein „Ja“ werbende Erste Sekretär François Hollande nicht mehr Herr des Verfahrens. Stattdessen soll in einer Urabstimmung zur EU-Verfassung Anfang Dezember die Linie der Partei festgelegt werden. Sollte sich dabei das keineswegs unwahrscheinliche „Non“ Fabius' durchsetzen, läge der Schwarze Peter bei den Sozialisten. Wenn auch bei dem Volksentscheid die Ablehnung der Verfassung eine Mehrheit bei den französischen Wählern finden würde, stände die Nation am Pranger, der Europa entscheidende Impulse verdankt. Immerhin hatte nach dem Krieg das vereinigte Europa in Robert Schuman und Jean Monnet seine wichtigsten Geburtshelfer. Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt schufen 1979 das „Europäische Währungssystem“, das die verschiedenen Währungen enger aneinander band und vertieften auch die „Europäische politische Zusammenarbeit“ (EPZ). Nachdem er über seinen nationalen Schatten gesprungen war, setzte sich auch Mitterrand mit hohem persönlichen Engagement für Europa ein, nicht zuletzt bei dem denkbar knappen Referendum zugunsten von Maastricht. In dem französischen Sozialdemokraten Jacques Delors hatte die EU-Kommission von 1984 bis 1994 ihren wohl bedeutendsten Präsidenten. Schließlich war es der „elder statesman“ Valéry Giscard d'Estaing unter dessen Vorsitz der Reformkonvent die Europäische Verfassung ausgearbeitet hat. Es wäre mehr als nur eine bittere Ironie, wenn bei dem Referendum im nächsten Jahr das „Nein“ eines französischen Politikers die Oberhand gewinnen würde, dessen Mentor sich bei dem vorangegangenen Volksentscheid zu Europa erfolgreich für Maastricht eingesetzt hatte. Mit Laurent Fabius würde die französische Linke ins antieuropäische Lager driften. Schwerwiegender aber wäre etwas anderes: Frankreich,

das sich gemeinsam mit Deutschland als Motor Europas versteht, hätte den Einigungsprozess abgewürgt.

Wenn Jacques Chirac den EU-Vertrag auch deshalb durch die Stimme des Volkes absegnen lassen will, um Streit innerhalb der Linken zu säen, so ist diese Rechnung aufgegangen. Doch hat der Präsident bereits hinreichend die Erfahrung gemacht, dass beim Spiel über die Bande die Kugel als Bumerang zurückkommen kann. Unvergessen sind Chiracs vorgezogene Neuwahlen im Mai 1997, die er mit dem Verlust der parlamentarischen Mehrheit teuer bezahlte. Das Korsika-Referendum über ein regionales Autonomiestatut der Insel im letzten Jahr erwies sich als Reinfall, und selbst der zustimmende Volksentscheid zur Amtszeitverkürzung des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre verlief glanzlos. Ein negatives Votum Frankreichs zu der EU-Verfassung aber wäre für Jacques Chirac ein Desaster, mit dem das Ende seiner langen politischen Laufbahn endgültig eingeläutet wäre. Europapolitik ist Chefsache, und es kommt dem Präsidenten zu, das Volk von seinen Entscheidungen zu überzeugen. Da aber ein Gutteil des Wahlvolks mit Chirac noch eine Rechnung offen hat – musste es ihm doch 2002 als das kleinere Übel seine Stimme geben –, hat der Präsident allen Grund, sich für ein positives Votum bei dem Referendum in die Riemen zu legen.

## Lehren aus dem Irak, Rentrée ohne Kopftuch

Dies umso mehr als auch seine zweite Amtszeit bislang wenig zu Buche schlägt. Die große Popularität, der sich Chirac als Neinsager vor und während des Irak-Krieges erfreute, bringt längerfristig keine Dividende. Im Gegenteil. Die Entführung der beiden französischen Journalisten Christian Chesnot und Georges Malbrunot Ende August im Irak hat deutlich gemacht, dass radikale Islamisten die westliche Welt nicht nach Kriegsgegnern

und Kriegsbefürwortern aufteilen. Dabei hatte Paris sich noch im Juni nachdrücklich von Washington abgegrenzt, als Außenminister Michel Barnier wissen ließ, dass Frankreich „weder jetzt noch später“ Soldaten in den Irak entsenden, sich also keinesfalls dort militärisch engagieren werde. Wie ernst es den Entführern mit ihrer Forderung nach einer Abschaffung des Kopftuchverbots in Frankreich war, muss dahingestellt bleiben. Umso klarer war dagegen, dass Paris auf diesen Erpressungsversuch nicht eingehen würde. Unangebracht war der verfrühte Optimismus seitens der französischen Regierung, die durch Innenminister Dominique de Villepin eine baldige „glückliche Lösung“ in Aussicht stellte. Über einen Monat nach der Geiselnahme fehlt von den beiden Franzosen noch jede Spur. Dennoch sind schon jetzt zwei Lehren zu ziehen. Zum einen: Mit der immer wieder gern zitierten „politique arabe“ ist es in Frankreich so weit nicht her. Besser tut man daran, sich *de Gaulles* Wort von einem „Orient compliqué“ in Erinnerung zu rufen. Der Quai d'Orsay bemühte zwar sämtliche diplomatischen Kanäle, um die Geiseln frei zu bekommen, doch der französische Einfluss in der arabischen Welt ist so groß nicht und endet spätestens bei den Extremisten.

Zum anderen: So schlecht, wie häufig beschrieben, steht es um die gesellschaftliche Integration der französischen Muslime nicht.

Mit der einhelligen Verurteilung der Entführung seitens aller islamischer Organisationen in Frankreich sowie der demonstrativen Solidarität französischer Muslime auf zahlreichen Kundgebungen mit den beiden im Irak verschleppten Journalisten machten „les musulmans de France“ eindrucksvoll Front gegen den Terrorismus. Dieser Protest wog umso mehr, als unter den Demonstranten auch zahlreichen Frauen mit Kopftuch waren, die dieses nicht mit dem Blut Unschuldiger besudeln lassen wollen. Wer noch immer in der „communauté musulmane“ eine fünfte Kolonne der arabischen Welt sieht, wurde eines Besseren belehrt. Dass man als ‘citoyen’ und ‘citoyenne’ zu Allah beten kann, ohne gegen den Geist der Republik zu verstoßen, belegte auch der diesjährige Schulanfang, bei dem das neue Laizitätsgesetz seine Bewährungsprobe bestand. So vehement die Debatte um das Verbot des Kopftuches in den öffentlichen Schulen Frankreich geführt worden war, so entspannt verlief die Rentrée im Zeichen religiöser Insignienlosigkeit. „Die Laizität hat gewonnen“, konnte drei Wochen nach Schulbeginn Erziehungsminister François Fillon verkünden, um umgehend – möglicherweise in Gedanken an die beiden im Irak entführten Journalisten, deren trauriges Schicksal zu der ruhigen Rentrée beigetragen hatte – zurückzurudern: „aber was ist schon jemals gewonnen...?“